

Wehrhafte Demokratie: Dem parlamentarischen Rechtsextremismus entgegenwirken

Handlungsempfehlungen

Während die AfD lange als rechtspopulistisch eingeordnet wurde, ist der rechtsextreme Charakter der Partei mittlerweile offenkundig. Das Erstarken der rechtsextremen AfD stellt eine Bedrohung für unsere Gesellschaft dar. Demokratischen Parteien kommt nun verstärkt die Aufgabe zu, die Demokratie nachhaltig vor rechtsextremer Einflussnahme zu schützen. Zur Eindämmung der demokratiegefährdenden Entwicklungen empfehlen wir folgende Wege:



Klare Abgrenzung auf allen politischen Ebenen

Innerhalb aller demokratischen Parteien existieren Unvereinbarkeitsbeschlüsse zur Zusammenarbeit mit der AfD. Diese Abgrenzungen sollten auf allen politischen Ebenen erfolgen, da eine Zusammenarbeit mit oder Duldung von rechtsextremen Akteur:innen eine weitere Erosion des liberalen, demokratischen politischen Systems und eine Normalisierung demokratiefeindlicher Positionen nach sich zieht. Parteien sollten sich daher auf ihre Verantwortung für das große Ganze besinnen.



Rechtsextreme Ideologie konsequent benennen

Obwohl zentrale Politiker:innen der Partei Ungleichwertigkeitspositionen propagieren, die zum Teil gegen das Gleichheitsgebot unseres Grundgesetzes verstoßen, gibt sich die AfD im Rahmen einer Selbstverharmlosungsstrategie als bürgerlich-konservative Partei. Dies wird besonders bei den Vorstellungen einer ethnisch und kulturell homogenen Bevölkerung deutlich, welche die Partei in ihren „Remigrationsforderungen“ wiederholt auch auf Parteitag öffentlich betont. Es ist notwendig, die rechtsextreme Ideologie der Partei in der öffentlichen Debatte konsequent zu benennen, um so die bürgerliche Mimikry zu unterbinden.



Rechtsextreme Einstellungen wirksam eindämmen

Rechtsextreme Einstellungen haben ebenso wie rechte Straftaten in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Gesellschaftliche Bedingungen, die antidemokratische Überzeugungen begünstigen, sollten daher nachhaltig eingedämmt werden. Die Durchsetzung sozialer Maßnahmen und partizipativer Konzepte trägt dazu bei, gesellschaftliche Ungleichheit zu minimieren. Gleichzeitig darf in öffentlichen Debatten über soziale Missstände kein Raum für Ungleichwertigkeitsvorstellungen eingeräumt werden, um sie nicht weiter zu normalisieren. Auch aktive Teilnahme der Bürger:innen an demokratischen Prozessen sollte gefördert werden, um einer passiven oder ablehnenden Haltung zur Demokratie entgegenzuwirken.



Populismus und Verschwörungserzählungen frühzeitig begegnen

Die AfD nutzt Verschwörungserzählungen auch als Einfallstor in den Rechtsextremismus. Das mit dem Verschwörungsglauben verbundene generalisierte Misstrauen und der Gut-Böse-Dualismus machen es besonders schwierig, Anhänger:innen der AfD für das demokratische Spektrum noch zu erreichen. Eine Kombination aus klaren sozialen Normen im Sinne einer Abgrenzung von der AfD sowie einer Stärkung der Zivilgesellschaft und dem privaten engeren Umfeld scheinen die erfolgversprechendsten Ansätze zu sein.



Parteiverbot und Entziehung finanzieller Mittel prüfen

Die AfD ist eine rechtsextreme Partei, die auf die Beseitigung der liberalen und demokratischen Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland abzielt. Entsprechend sollten alle verfügbaren juristischen Mittel zum Schutz dieser demokratischen Ordnung gegen die Bemühungen der Partei geprüft und bei Erfolgsaussicht umgesetzt werden, speziell mit Blick auf die rechtlichen Kriterien für ein Parteiverbot.



Demokratische Institutionen langfristig schützen

Demokratische Institutionen wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk und unsere Verfassungsgerichte müssen vor rechtsextremer Einflussnahme geschützt werden. Dieser Schutz der Demokratie muss parteiübergreifend priorisiert und sollte nicht als taktische Parteipolitik verkannt werden. Beispiele wie Ungarn, Polen oder die USA verdeutlichen, dass diese Schritte notwendig sind, um unsere Demokratie auch gegen innere Feinde zu schützen.



Demokratieförderung ausbauen, verstetigen und sichern

In Deutschland existiert eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Demokratieprojekten. Gerade in diesen konfliktreichen Zeiten braucht es statt finanzieller Kürzungen einen Ausbau dieser Initiativen und absichernde Maßnahmen für eine fortlaufende Finanzierung der Demokratieförderung. Das gilt besonders für Projekte in Bundesländern, in denen die AfD in Zukunft an der Regierung beteiligt sein könnte.



Einbindung von Wirtschaft

Auch die wirtschaftspolitische Dimension einer starken AfD sollte verdeutlicht werden, um Unternehmer:innen und Wirtschaftsverbände zu aktivieren. Wo politische Angebote nicht mehr greifen, können Arbeitgeber:innen Menschen im direkten Kontakt noch erreichen und für demokratische Alternativen werben.

Redaktion:

CeMAS

Kontakt:
info@cemas.io

19. März 2024

Angaben gemäß § 5 TMG
CeMAS – Center für Monitoring,
Analyse und Strategie gGmbH
Konstanzer Straße 15A, D-10707 Berlin

CeMAS, das Center für Monitoring, Analyse & Strategie, bündelt interdisziplinäre Expertise zu Verschwörungsideologien, Desinformation, Antisemitismus & Rechtsextremismus.

Handelsregister: HRB 226823 B
Registergericht: Berlin
USt-ID-Nummer: DE 340877977

Vertreten durch:
Pia Lamberty und Josef Holnburger

Redaktionell verantwortlich:
Pia Lamberty und Josef Holnburger

Gefördert durch:

